



## Kommentare der anderen



Foto: privat

### Gerhard Rainer

# Korrupte Eliten

Autoritäre Staatschefs von Daniel arap Moi in Kenia über Suharto in Indonesien bis zu Marcos auf den Philippinen haben immer zweifelhafte Geldquellen angezapft, um damit ihre Macht zu festigen und daraus ihren persönlichen Vorteil zu ziehen. Sie kooperieren mit Eliten in der „Ersten Welt“, die aus diesen korrupten Beziehungen ihrerseits Extraprofite generieren. So etwa wurde offenkundig, dass Geld, das Jörg Haider von Diktatoren bezogen hat, ebenso zur politischen Profilierung der Geldgeber wie auch zur Finanzierung von Wahlkämpfen und des Lebensstils des Kärntner Ayatollahs verwendet wurde. Skandalös ist dabei nicht nur das

selbstherrliche Vorgehen eines einzelnen Politikers, sondern welche politische Kultur dazu führt, einen Selbstbedienungsladen für Politiker und deren „Lobbyisten“ entstehen zu lassen.

Die Politik des „Wegsehens“ mag eine kulturelle Spielart der österreichischen Politik sein, wäre da nicht die institutionelle Unterfütterung dieses Wegsehens.

In einem Bericht des Europarates wurde festgestellt, dass in Österreich auf 100.000 Einwohner 2,6 Staatsanwälte kommen; in Deutschland sind es 6,2. Das Europäische Amt für

Betrugsbekämpfung hat mit Österreich zwar Ämter für Korruptionsbekämpfung etabliert, aber es mangelt an ausgebildetem Personal und an Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften. Die „Staatengruppe gegen Korruption“ stellte zwar „einige interessante Maßnahmen gegen Korruption“ fest, merkte aber gleichzeitig an, dass „österreichische Polizei und Staatsanwaltschaft nicht unabhängig genug sind“. Eine Ohrfeige für den Rechtsstaat!

Solange es aber eine Kultur des „Anfütterns“ der Politiker gibt und diese wegen inadäquater Gesetze und Feigenblattbehörden mit Straffreiheit rechnen können, werden sie den Selbstbedienungsladen weiter hemmungslos zum Schaden der österreichischen Bürger (aus)nutzen.

*Gerhard Rainer ist Soziologe mit langjähriger Erfahrung im Auslandseinsatz für deutsche entwicklungspolitische Organisationen.*

### Werner Ernst

# Moralische Urteile



Foto: Uni Innsbruck

Es ist heute ein Gemeinplatz, dass Politik der Korrektur durch Moral bedürfe. Diese Auffassung geht davon aus, dass Politik, von Moral allein gelassen, das gesellschaftlich „Gute“, also das Allgemeinwohl verfehlt. Ohne Moral würde sich Politik nur von partikulären Nutzenerwägungen leiten lassen. Deshalb sei es notwendig, an Politik auch moralische Maßstäbe anzulegen, um dem Gemeinwohl zum Durchbruch zu verhelfen.

Doch stimmt es, dass Moral gegenüber der Politik den besseren Maßstab repräsentiert? Das abstrakte „Gesetz“ der Moral besteht aus der Gleich-Setzung aller Menschen. Diese formale Gleichheit führt dazu, dass Menschen, die von dieser Gleichheit abweichen, entsprechend moralisch höher bewertet oder aber abgeurteilt werden. Tatsächlich sind aber nicht die auf diese Weise beurteilten Menschen gut oder böse, sondern die mora-

lische Urteilsform an sich ist böse. Wenn wir hingegen keinen abstrakten Wertmaßstab anlegen, sondern die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass die Menschen vor dem Leben nicht gleich sind, dann sollten wir sie hinsichtlich ihrer Umstände beurteilen und auch noch berücksichtigen, dass sie innerhalb dieser in ihren Entscheidungen frei sind.

Was wir brauchen, ist also eine neue Form von Moral. Diese moralische Alternative nenne ich „Anliebe“. Ich leite diesen Begriff von „Anlieben“ ab und meine den Sachverhalt, dass „wahre“ Liebe immer auch mit Überwindung zu tun hat – nämlich mit Überwindung des Gegenteils, der Unliebe. Es geht dabei um Abmilderung, um Besänftigung der Unliebe. Wenn nun die Anliebe die treibende Kraft des Umgangs mit Mitmenschen wäre, dann bräuchten wir kein getrennt von ihr erstelltes „moralisches Gesetz“ und keine abstrakten „Werte“. Anliebe in gesellschaftlichen Beziehungen ginge schon von der Einheit von Politik und Moral aus.

*Werner Ernst ist Politologe an der Universität Innsbruck und Psychoanalytiker. [www.uibk.ac.at](http://www.uibk.ac.at)*

### Gerhard Scholz

# Freie Wahlen



Foto: privat

Die Geschichte liegt zwar schon einige Jährchen zurück, doch wie mir berichtet wird, geht es heute noch genauso zu. Es war Sonntag, und es gab eine Gemeinderatswahl im Bezirk Mödling. Seit eh und je standen meine Eltern auf der Sympathisantenliste einer der beiden großen Proporzparteien. Also war es ja wohl auch vom Herrn Sohn zu erwarten, dass er seine Stimme für diese Partei abgibt. Sicherheitshalber rief schon am Vormittag der Bürgermeister (nämlicher Pateicouleur!) an, ob ich denn nicht von meinem Wahlrecht Gebrauch machen wolle. Für mich als Nachteule und Spätaufsteher noch keine Überlegung wert.

Interessant wurde es, als am frühen Nachmittag mein Nachbar, Gemeinderat der Sie-wissen-schon-Partei, anlätete, um mich im persönlichen Gespräch zu überzeugen, zur Wahl zu gehen und die „richtige“ Stimme abzugeben. Da hatte

ich zwar schon gefrühstückt, trotzdem schlug mir diese Aufdringlichkeit mittelschwer auf den Magen. Ich erklärte ihm, dass ich zwar ein Kind des Parteimilieus sei, aber als überzeugter Freund des Waldes wenn schon, dann die Partei dieser Farbe wählen würde, insofern sei seine Wahlaufforderung für die eigene Partei kontraproduktiv.

Der Hammer kam dann aber so gegen 16 Uhr. Ein „alter Freund der Familie“ tauchte auf, von den Strapazen des Wahltags schon mit etlichen Promille gezeichnet, und machte einen auf emotionalen Schulterchluss: Wir müssten doch zusammenhalten, und ich sollte doch die Bewegung, meine Familie und meine Freunde nicht im Stich lassen. Wutentbrannt raste ich ins Wahllokal und wählte aus purem Ärger und Bestemm die großkoalitionäre Gegnerpartei, was ich auch jeden wissen ließ. Dann suchte ich ein Wirtshaus auf und besoff mich. Seither ist meine Sicht der Dinge nachhaltig davon geprägt, dass mich die Politik berlichingen kann.

*Gerhard Scholz ist Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler und freier Journalist.*